

Registratur

48

des

Bürgermeister-Amtes von Menden.

Acta

generalia

betreffend

des Communal-Kreisbaurath.

Til. V

Section 8

Nº 74

Band I

Sach N. 7

Anteriora

S 27



ZEB Entsäuerung

19. Juli 2011

Zwischen der Königlichen Regierung zu Köln an einer und dem
an der andern Seite ist folgender Kontrakt geschlossen worden:

Art. 1.

[illegible]

Art. 2.

Der Unternehmer verpflichtet sich die im § 1. genannten Bedingungen in allen Theilen auf das Genaueste zu erfüllen.

Art. 3.

Die Verdingssumme für die im Art. 1 dieser Bedingungen genannten Arbeiten beträgt jährlich

oder monatlich welche der Unternehmer
monatlich postnumerando zu letztgedachtem Betrage von aus der Regie-
rungs-Haupt-Kasse zu Köln, auf das Attest des Begebaumeisters darüber: daß den Verbindlichkeiten
genügt worden ist, zu erheben hat.

Art. 4.

Dieser Kontrakt tritt mit dem _____ in Kraft und
dauert bis zum _____, vorbehaltlich
der im §. 2. der Bedingungen nachgegebenen Kündigung.

Art. 5.

Gegenwärtiger Kontrakt ist ausgefertigt, beiderseits
unterscriben und jedem kontrahirenden Theile ein Exemplar ausgehändig.

So geschehen

Die Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Der Unternehmer.

Zwischen der Königlichen Regierung zu Köln an einer und dem
an der andern Seite ist folgender Kontrakt geschlossen worden :

Art. 1.

übernimmt von der Königl. Regierung

Die in den hier beigedruckten Bedingungen vom 15. April 1839 beschriebenen Wegewärterarbeiten auf der

Art. 2.

Der Unternehmer verpflichtet sich die im § 1. genannten Bedingungen in allen Theilen auf das Genaueste zu erfüllen.

Art. 3.

Die Verdingssumme für die im Art. 1 dieser Bedingungen genannten Arbeiten beträgt jährlich

oder monatlich
monatlich postnumerando zu letztgedachtem Betrage von
genügt worden ist, zu erheben hat.

welche der Unternehmer
aus der Regie-
rungs-Haupt-Kasse zu Köln, auf das Attest des Begebaumeisters darüber: daß den Verbindlichkeiten

Art. 4.

[illegible]

Art. 5.

Gegenwärtiger Kontrakt ist ausgefertigt, beiderseits
unterscriben und jedem kontrahirenden Theile ein Exemplar ausgehändigt.

So geschehen

Die Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern.

Der Unternehmer.

ZSB Entsäuerung

19. Juli 2011

Bedingungen,

nach welchen die Wegewärter-Arbeiten auf den Kunst-Straßen im Regierungs-Bezirk Köln verdingen werden.

§. 1.

Gegenstand
der
Unternehmung.

Gegenstand der Unternehmung auf einer bestimmten Strecke ist im Allgemeinen die vollständige Erhaltung des Profils und der ganzen Form der Straße mit den Gräben, so wie die polizeiliche Aufsicht auf denselben; dahin gehört namentlich:

- Ablassen des Wassers bis in die Gräben und ohne daß sich dasselbe auf den Fußwegen ausbreitet und ohne tiefe Rinnen einzuhauen; Abschaufeln des Schnees u. s. w.
- Abschleimen des Roths und Abkehren des Staubes in der Art, daß beides niemals und auf keiner Stelle über einen halben Zoll dick aufliegt, demnächst Planiren desselben auf den Fußwegen und Wegfahren des Ueberflusses auf unschädliche Stellen innerhalb vier Tagen nach der Abbringung.
- Einfüllen der Unterhaltungs-Materialien in die Geleise und entstehenden Senkungen besonders bei nasser Witterung und nach Anweisung des betreffenden Bau-Beamten. Bei nasser Witterung dürfen die Geleise vor ihrer Ausfüllung höchstens 1 1/2 Zoll Tiefe erreichen; sie werden sodann mit dem Material, jedoch nicht ganz bis zum Rande, gefüllt, dieses mit der Hand-Ramme festgestampft und durch Ebenen der Ränder gedeckt.
- Fortwährendes Ebenen der Geleise und Abtragen der kleinen Hügel auf der Straße und Erhaltung der Bord- oder Normal-Steine. Bei trockener Witterung dürfen gar keine Geleise sichtbar sein.
- Ausbrechen der vorragenden dicken Steine, Abharken der losen und zu großen Steine, Aufstellen derselben auf dem Bankett und Zerschlagen in der Art, daß die dicksten in jeder Lage durch einen Ring von 2 1/2 Zoll Durchmesser fallen.
- Reinigen der ganzen Straße, Gräben und Dossirungen vom Unkraut und Strauchwerke in der Art, daß solches niemals aufkömmt. Das Gras in den Gräben muß jährlich dreimal, das Unkraut in denselben sowohl als das Gras nebst dem Unkraut auf dem Rande der Straße und auf den Banketten monatlich abgeschnitten werden. Banketts und Straßenrand werden jährlich dreimal, im Mai, Juli und September, geschaufelt.
- Reinigen der Brücken und Durchlässe und Wegschaffung des Schlammes.
- Erhaltung der bestehenden oder noch zu machenden Baumpflanzungen durch Abraupen, Beschneiden, Anbinden, Begießen und Pflanzen der ausgegangenen Stämme u. s. w., wozu jedoch die Pflänzlinge, Dornen und Stangen geliefert werden.
- Das Legen und Beseitigen der Vorlege Steine nach Maaßgabe der hierüber bestehenden und event. noch zu erlassenden Vorschriften.
- Aufsicht über die Lieferung, das Messen und die Güte der Unterhaltungs-Materialien.
- Die Wahrnehmung der polizeilichen Aufsicht auf der Straße nach den bestehenden und etwa noch zu erlassenden Gesetzen und nach Anweisung des betreffenden Wegebau-Beamten, welche aber jederzeit mit der gebührenden Bescheidenheit ausgeübt werden

den muß und wobei den Vergehungen durch Warnung der Reisenden vorzubeugen und die Anwendung der Strafen nach Möglichkeit zu vermeiden ist.

Ausgeschlossen bleibt die Umlegung schadhafter Stellen auf den Pflasterstrecken; der Unternehmer muß aber alle übrigen Einrichtungen auf denselben leisten, auch einzelne Steine wieder einsetzen, bei den Hauptreparaturen die Messung der Materialien ohne Vergütung versehen und die tägliche Aufsicht über die Arbeiten führen.

§. 2.

Der Zeitraum der Unternehmung ist drei Jahre, sie kann aber mit dem Ende eines jeden Monats aufgelöst werden, wenn die Kündigung vierzehn Tage vorher von der einen oder der andern Seite erfolgt.

Zeitraum
der
Unternehmung.

§. 3.

Der Unternehmer ist verpflichtet, im Bereich der betreffenden Strecke zu wohnen und zwar auf einem solchen Punkte, welchen die Regierung für passend erklärt.

Wohnort
des
Unternehmers.

§. 4.

Er tritt für die Dauer der Unternehmung in die Rechte und Verpflichtungen der angestellten Wegewärter, muß bei seinen Einrichtungen die für letztere vorgeschriebene Uniform tragen, auch sich gerichtlich vereiden lassen und das Vereidungsattest binnen vierzehn Tagen nach Aushändigung des Kontrakts dem Wegebaumeister überliefern, der dasselbe der Königlichen Regierung einreicht. Bei Vergehen hat der Unternehmer Ordnungsstrafen bis zu zwei Thalern zu gewärtigen.

Uniform
Vereidung
und
Betragen
desselben.

§. 5.

Der Unternehmer muß alle erforderlichen Werkzeuge und Meßgeräthe, wie sie die angestellten Wegewärter im hiesigen Regierungs-Bezirk zu halten verpflichtet sind, auf seine Kosten beschaffen und unterhalten. Die vorhandenen Geräthe der abgehenden Wegewärter muß er gegen den durch Handwerker abzuschätzenden Werth übernehmen; bei Erlöschung der Unternehmung hat sein Nachfolger gleiche Verbindlichkeit gegen ihn.

Werkzeuge.

§. 6.

Der Unternehmer muß in den Arbeitsstunden, wie sie für die Wegewärter bestimmt sind oder künftig bestimmt werden, fortwährend auf der Straße anwesend und beschäftigt sein und auch außer denselben die betreffenden Wegebau-Beamten bei Vereisung der Straße begleiten.

Anwesenheit
auf der
Straße.

§. 7.

Wenn der Unternehmer nicht alle Arbeiten bestreiten kann, die der Zustand der Straße erfordert, besonders aber im Herbst und Frühjahr und nach anhaltendem Regenwetter, so muß er auf seine Kosten sofort die erforderliche Anzahl Hülfсарbeiter nach den Bestimmungen des Wegebaumeisters annehmen und so lange als erforderlich ist, beibehalten. Für die Leistungen dieser Hülfсарbeiter bleibt der Unternehmer verantwortlich.

Hülfсарbeiter.

§. 8.

Wenn der Unternehmer den bedingungsmaßigen Zustand der Straße auch nur in irgend einem Theile vernachlässigt und den Anforderungen des Wegebaumeisters nicht auf der Stelle Folge leistet, so ist dieser ermächtigt, sofort die nöthigen Arbeiter auf Kosten des Unternehmers anzustellen.

Rechte
der
Wegebau-Beamten.

Außerdem behält die Königliche Regierung das Recht, den Kontrakt zu jeder Zeit auf die durch die Gesetze vorgeschriebene Weise zu lösen, wenn der Unternehmer auch nur eine Verbindlichkeit des Kontrakts nicht erfüllt.

§. 9.

Die Zahlung erfolgt monatlich mit 1/12tel der jährlichen Verdingssumme auf ein Attest des Wegebaumeisters, daß den Verbindlichkeiten genügt worden ist.

Zahlung.

Außer der Verdingssumme wird dem Unternehmer auch die Benutzung des Grases in den Gräben und auf den zur Straße gehörenden Dossirungen unentgeltlich überlassen.

§. 10.

Genehmigung.

Die Genehmigung der Königl. Regierung wird vorbehalten.

§. 11.

Unkosten.

Alle Unkosten ohne Ausnahme, welche durch die Verdingung und den Abschluß des Kontrakts veranlaßt werden, fallen dem Unternehmer zur Last.

Röln, den 15ten April 1839.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Etat

*Für die Verwaltung der im Regierungs-Distrikt Coln in
den Bürgermeistereien Vilich, Menden, Siegburg, Lohmar,
Wahlscheid und Overath gelegenen Communal-Gründe
nach Beut über Siegburg nach Overath pro 184...*

[illegible]

Verlust des Stab

Der Einzahlung beträgt 3500 ₰
 Der Ausgabe 3500 ,

balanciert

Siegburg den 184 .

Der Landrath.

Der Mitglieder der Kam.
 maltungs-Commission.

Der Magistrate.
 meisters.

Pr. den 18/5 41 N. 352

Nachdem in der hiesigen Landraths-
 versammlung Angelegenheit Verfügung vom
 5^{ten} März 1840. B. 3640 ist verhängt
 daß bei Aufstellung der Lagerung
 der Eisensteine die hiesigen
 Meistern auf meine Anweisung, die
 nöthigen Lebensmittel zu besorgen
 dem Geschäft beizutreten, und dieselben
 möglich zu beschaffen. Da nun
 das hiesige Geschäft, nach der letzten
 Lagerung, nun dem hiesigen
 Landrath Magistrate anvertraut
 wird, so ist es mir königlich-
 kätolisch-Landesmeistern, die An-
 wesenheit des hiesigen Meisters
 anzuweisen, zu beauftragen.

Leute den 12^{ten} Mai 1841

Der königliche Ober-Magistrate Joseph

Kreuzer

Der
 für königliche Kätolisch-
 Landesmeistern

zu
 Meinen

N. 152

Instruction für die Ortsbehörden

zur Ausführung des Regulativs

vom 7ten Juni 1844

über das Verfahren bei Chauffeepolizei- und Chauffeegeld-
Contraventionen auf den Staatsstraßen
resp. auf den Bezirksstraßen.

Da in dem Regulativ über das Verfahren bei Chauffeepolizei- und Chauffeegeld-
Uebertretungen auf Staatsstraßen vom 7ten Juni 1844. (Gesetzsammlung pag. 167.
1844.) auch die Mitwirkung der Ortsbehörden vorgesehen worden ist, so wird zu
deren Nachachtung Folgendes angeordnet.

§. 1.

Wenn eine wegen Chauffeepolizei- oder Chauffeegeld- Uebertretung von einem
Chaussee-Aufseher, Chausseewärter, Gendarmen, Polizei-, Forst-, oder Zoll- und
Steuer-Beamten nach §. 2 des erwähnten Regulativs angehaltene Person einer
Ortsbehörde vorgeführt wird, worunter der Ortsvorsteher oder da, wo die Functionen
desselben durch den Bürgermeister wahrgenommen werden, letzterer zu verstehen ist,
so hat diese über die angezeigte Contravention eine Verhandlung nach dem unter
Litt. A. 1, 2, 3 oder 4 anliegenden, die verschiedenen Fälle berücksichtigenden Muster
aufzunehmen.

§. 2.

Zeugen, welche zur Stelle sind, werden sogleich über das, was sie zur Sache
anzuführen haben, in einer besonderen Verhandlung vernommen. —

§. 3.

Berechtigt und verpflichtet zur Führung dieser Untersuchung sind die im §. 2
des Regulativs vom 7ten Juni 1844 bezeichneten Ortsbehörden selbst dann, wenn
die Stelle, wo die Uebertretung stattgefunden, außer ihrem Verwaltungs-Bezirk
liegen sollte.

Weiteres Verfahren je nach der Verschiedenheit der Fälle.

A. Bei Chausseepolizei-Vergehen.

§. 4.

Ueber sämmtliche Vergehen gegen die chausseepolizeilichen Bestimmungen mit Ausnahme derer, bei welchen es auf Gewichts-Ausmittlungen ankommt, und es der Ortsbehörde an Mitteln zur Constaturung des Gewichts gebricht, können die Ortsbehörden die erste Untersuchung führen, und haben dem Angeschuldigten die ihn treffende gesetzliche Strafe bekannt zu machen.

§. 5.

Hat der Angeschuldigte sich der nach der Verordnung vom 7ten März 1839 oder nach den, dem Chausseegeld-Tarif vom 29ten Februar 1840 angehängten polizeilichen Bestimmungen, ihn treffenden Strafe unterworfen, so nimmt die protocollirende Ortsbehörde dieselbe in Empfang und quittirt darüber in Gemäßheit des §. 4 zu 1 des Regulativs vom 7ten Juni 1844, in einer, nach dem Muster B. auszustellenden Quittung. Dem Contravenienten wird nunmehr die Fortsetzung der Reise ohne weitere Beschränkung gestattet, sofern nicht nach §. 15 der Verordnung vom 17ten März 1839 die Abstellung einer vorschriftswidrigen Einrichtung der Transportmittel herbeigeführt werden muß.

In diesem Falle ist, wenn die Verhandlung in einer Stadt aufgenommen worden, die Fortsetzung der Reise erst dann zu gestatten, wenn jene Einrichtung abgestellt worden. Ist die Verhandlung nicht in einer Stadt aufgenommen worden, so wird dem Wagenführer die Fortsetzung der Reise unter Ertheilung eines Erlaubnißscheines, nach dem anliegenden Muster C. nur bis zur nächsten Stadt nachgegeben.

Jedoch ist ausländischem Fuhrwerk bei Uebertretung der §§. 1 und 9 der Verordnung vom 17ten März 1839 das Umkehren und Zurückfahren auf demselben Wege, woher das Fuhrwerk gekommen, ohne vorherige Aenderung gestattet.

§. 6.

Hat sich der Angeschuldigte über Namen, Stand und Wohnort im Inlande ausgewiesen, jedoch der, von der Ortsbehörde ihm bekannt gemachten Strafe sich nicht unterworfen, so ist ihm zwar unter Berücksichtigung des §. 15 der Verordnung vom 17. März 1839 die Fortsetzung der Reise zu gestatten; jedoch muß derselbe entweder selbst einen Bevollmächtigten wählen, oder es muß ihm ein solcher von Amtswegen bestellt werden, welcher den Angeschuldigten bei der weiteren Verhandlung zu vertreten und die Entscheidung in Empfang zu nehmen hat.

In diesem Falle wird die Verhandlung sogleich der nach §. 14 zur Abfassung eines Resoluts competenten Behörde zugestellt.

Hat sich der Angeschuldigte der bei der Aufnahme der ersten Verhandlung ihm bekannt gemachten Strafe zwar unterworfen, deren Betrag jedoch nicht eingezahlt oder sicher gestellt, so wird ihm nach beendigter Verhandlung und nach Ernennung eines Bevollmächtigten in Gemäßheit des §. 4 Nro. 2 zu a und des §. 5 Nro. 1

I. Wenn der Angeschuldigte sich der Strafe unterwirft, und den Betrag einzahlt.

B.

C.

II. Wenn der Angeschuldigte sich der Strafe nicht unterwirft oder den Strafbetrag nicht einzahlt.

a. Wenn derselbe im Inlande angeessen und bekannt ist.

des Regulativs die Weiterreise ohne Beschränkung gestattet. Sofern indeß nach §. 15 der Verordnung vom 17ten März 1839 eine Abstellung der vorschriftswidrigen Einrichtung der Transportmittel herbeizuführen ist, wird nach dem Schlusse des vorstehenden §. 5 verfahren.

§. 7.

Wenn ein dem Namen, Stand und Wohnort nach unbekannter Inländer oder ein Ausländer sich zwar der nach den angeführten Verordnungen ihn treffenden Strafe unterwirft, deren Betrag aber nicht einzahlt, oder wenn sich derselbe der Strafe nicht unterwirft, so ist derselbe zur Erlegung eines Pfandes, welches einen zur Deckung des Strafbetrages und der allenfallsigen Kosten hinreichenden Werth darbietet, anzuhalten. Ueber das deponirte Pfand erhält derselbe einen Pfandschein nach anliegendem Muster D.

Die Bestellung eines Bevollmächtigten findet auch hier in der bereits angeführten Weise statt, worauf die Weiterreise unter Beobachtung des §. 15 der Verordnung vom 17ten März 1839 nachzugeben ist.

§. 8.

Weigert sich ein Angeschuldigter, auf welchen die Bestimmung des vorstehenden §. 7 Anwendung findet, ein Pfand zu hinterlegen, so ist derselbe zu verhaften.

§. 9.

In allen Fällen muß der Annahme des Strafbetrages oder eines Pfandes, wozu nur der die Verhandlung aufnehmende Beamte befugt ist, ferner der etwaigen Verhaftung eines Angeschuldigten die Aufnahme einer Verhandlung vorhergehen.

§. 10.

Nach §. 9 des Regulativs vom 7ten Juni 1844 hat die Ortsbehörde auch dann eine Verhandlung aufzunehmen, wenn der Uebertreter sich der persönlichen Geßellung entzogen hat, und der Entdecker der Uebertretung solche zur Anzeige bringt. Diese Verhandlung gelangt dann auf dem gewöhnlichen Dienstwege an die königliche Regierung, welche, wenn der Uebertreter bekannt ist, gegen denselben das weitere Verfahren einleitet.

§. 11.

Die Ortsbehörde, wenn solche nach §. 14 nicht selbst zur Abfassung eines Resoluts competent ist, läßt das eingezahlte Strafgeß mit der aufgenommenen Verhandlung an die zur Abfassung eines Strafresoluts befugte Behörde gelangen. Letztere überweist das Geß sogleich demjenigen Rassenbeamten, welcher in ihrem Amtsbezirke mit der Einziehung der Polizeistrafen und Gerichtskosten beauftragt ist.

§. 12.

Besteht das hinterlegte Pfand in Geß, so ist damit, wie mit dem eingezahlten Strafgeß zu verfahren. — Besteht dasselbe aber in sonst einem Gegenstande, so bleibt dieser so lange bei dem die Verhandlung aufnehmenden Beamten aufbewahrt, bis entweder nach Einzahlung des durch das Resolut ausgesprochenen Geßbetrages

b. Wenn der Angeschuldigte unbekannt oder Ausländer ist. —
1. Pfandhinterlegung.

2. Verhaftung.

Verfahren mit dem von dem Uebertreter eingezahlten Strafgeße.

Verfahren mit dem hinterlegten Pfande.

das Pfand freigegeben ist, oder bis dasselbe, wenn die Strafe nicht erlegt wird, zur Versteigerung gelangt, oder endlich zugleich mit der Freisprechung des Angeschuldigten die Rückgabe des Pfandes verfügt wird.

Die Aushändigung des Pfandes erfolgt gegen Rückgabe des Pfandscheines.

§. 13.

Verfahren bei Verhaftungen.

Ist eine Verhaftung des Angeschuldigten erfolgt, und die protocollirende Behörde zur Abfassung eines Strafresoluts nicht competent, so muß der Verhaftete nebst der aufgenommenen Verhandlung sogleich der nach §. 14 competenten Behörde überliefert werden.

§. 14.

Behörden, welche zur Abfassung eines Resoluts competent sind.

Die Abfassung eines Strafresoluts steht unter Berücksichtigung der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 17ten October 1845 (Gesetzsammlung pag. 726. 1845) in denjenigen Landestheilen in welchen die allgemeine Gerichtsordnung oder das gemeine Recht gilt, derjenigen städtischen Ortspolizeibehörde oder demjenigen Bürgermeister zu, in dessen Amtsbezirke die Uebertretung zur Anzeige gekommen ist.

In dem Bezirke des Appellations-Gerichtshofes zu Köln wird die Verhandlung, und wenn der Angeschuldigte verhaftet ist, derselbe mit der Verhandlung zugleich dem Beamten des öffentlichen Ministeriums bei dem Polizeigericht, in dessen Bezirk die Uebertretung begangen worden ist, übergeben. Dieser Beamte hat die Sache alsdann bei dem Polizeigerichte im gesetzlichen Wege zur Erledigung zu bringen.

§. 15.

Bei einer Verhaftung des Angeschuldigten muß das Resolut nach Vorschrift des §. 11 des Regulativs vom 7ten Juni 1844 sofort abgefaßt oder das zur Vervollständigung der Instruction etwa noch Erforderliche veranlaßt werden.

§. 16.

Wenn ein Unbekannter, der auf einer Chausseepolizei-Contravention betroffen worden, sich entfernt und Sachen zurückgelassen hat, so wird mit diesen nach Maassgabe des §. 13 des Regulativs vom 7ten Juni 1844 verfahren.

B. Chausseegeld-Uebertretungen.

§. 17.

Werden nach §. 15 und 16 des Regulativs vom 7ten Juni 1844 Chausseegeld-Uebertretungen auf Staatsstraßen bei den Ortsbehörden zur Anzeige gebracht, so sind dieselben zur Führung der ersten Untersuchung verpflichtet.

Die aufgenommenen Verhandlungen nebst dem deponirten Gelde oder Pfande haben sie, wenn keine Verhaftung stattgefunden, an das nächste Zoll- oder Steuer-Amt zur weiteren Veranlassung abzugeben. Hat jedoch eine Verhaftung des Uebertreters stattgefunden, so ist auch hier eine sofortige Uebersendung desselben, nebst den aufgenommenen Verhandlungen an das nächste Gericht, im Bezirke des Rheinischen Appellationsgerichtshofes an den Vertreter des öffentlichen Ministeriums des betreffenden Polizeigerichts, zu bewirken.

§. 18.

Wo das Gesetz ein geringeres oder größeres Strafmaass vorschreibt, kann in der Regel und falls nicht eine Wiederholung einer Uebertretung vorliegt, das geringste Strafmaass gewählt werden.

§. 19.

Da nach dem §. 1. des Regulativs vom 20ten Januar 1841 über die Verwaltung der Bezirksstraßen im westrheinischen Theile der Rheinprovinz alle gesetzlichen Vorschriften, welche für die Staatsstraßen bestehen oder künftig noch erlassen werden, auch auf die Bezirksstraßen Anwendung finden sollen, so gelten vorstehende Bestimmungen auch für letztere.

Anwendung vorstehender Bestimmungen auf die Bezirksstraßen.

Da indessen die Erhebung des auf diesen aufkommenden Chausseegeldes nicht von den Zoll- und Steuer-Aemtern verwaltet wird, so erleidet der vorstehende §. 17 bei den Bezirksstraßen dahin eine Abänderung, daß die Verhandlungen nicht an die Zoll- oder Steuerämter, sondern an den betreffenden Landrath abgegeben werden, durch welchen sie zur weitem Verfügung an die Königl. Regierung gelangen.

Coblenz, den 25. Juni 1846.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.

Gichmann.

A. 1.

**Verhandlung über eine Chaussee-^{Polizei-}
Geld-
Uebertretung.**

(Wenn der Angeschuldigte sich der Strafe unterwirft und den Betrag einzahlt.)

Verhandelt den ten 184
Vor dem unterzeichneten Bürgermeister (Ortsvorsteher) erschien heute der
. . . . wohnhaft zu mit dem
von Gewerbe ein wohnhaft zu Kreis .
. . . . , und erklärte, daß dieser am heutigen Tage auf der
. . . . Straße

wie er solches nach eigener Wahrnehmung auf seinen geleisteten Diensteid als wahr
versichere (und

1. N. N. wohnhaft zu
2. N. N. wohnhaft zu

als Zeugen bewahrheiten könnten).

Der Angeschuldigte, welcher auf die Aufforderung des denunciirenden Beamten sich
bereit erklärte, vor dem unterzeichneten Bürgermeister (Ortsvorsteher) zu erscheinen, unter-
warf sich der für diese Uebertretung nach §. der Verordnung vom 17. März 1839
(Nro. der dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840 beigefügten polizeilichen
Vorschriften) verwirkten Strafe von Thlr. Sgr., und zahlte deren Be-
trag sofort ein, worüber ihm die unterzeichnete Ortsbehörde Quittung erteilte.

Nach geschעהener Vorlesung und Genehmigung wurde vorstehende Verhandlung
von dem Denuncianten (den Zeugen) dem protocollirenden Beamten und dem Ange-
schuldigten unterzeichnet.

B. w. o.

A. 2.

**Verhandlung über eine Chaussee-^{Polizei-}
Geld-
Contravention.**

(Wenn der Angeschuldigte sich der Strafe nicht unterwirft, aber
bekannt und im Inlande angesessen ist.)

Verhandelt zu den ten 184
Vor dem unterschriebenen Bürgermeister (Ortsvorsteher) erschien heute der
. . . . wohnhaft zu mit dem
. . . . von Gewerbe ein wohnhaft zu
Kreis , und erklärte, daß dieser am heutigen Tage auf der
. . . . Straße

wie er solches nach eigener Wahrnehmung auf seinen geleisteten Diensteid als wahr
versichere

- (und 1. N. N. wohnhaft zu
2. N. N. wohnhaft zu

als Zeugen bewahrheiten könnten).

Der Angeschuldigte, welcher auf die Aufforderung des denunciirenden Beamten sich
bereit erklärte, vor dem unterzeichneten Bürgermeister (Ortsvorsteher) zu erscheinen,
unterwarf sich der für diese Uebertretung nach §. der Verordnung vom 17. März
1839 (nach Nro. der dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840 beigefügten
polizeilichen Vorschriften) verwirkten Strafe nicht; da er sich jedoch über Namen
Stand und Wohnsitz im Inlande auswies, so wurde ihm die Fortsetzung der Reise
gestattet.

Zu seinem Bevollmächtigten, welcher ihn bei der ferneren Verhandlung zu ver-
treten und die Entscheidung für ihn zu empfangen hat, wurde von dem Angeschuldigten
bezeichnet (wurde dem Angeschuldigten, da er selbst einen solchen nicht bezeichnen konnte
oder wollte, von Amtswegen bestellt) der wohnhaft zu

Nach geschעהener Vorlesung und Genehmigung wurde vorstehende Verhandlung
von dem Denuncianten, (den Zeugen) dem Angeschuldigten und dem protocollirenden
Beamten unterzeichnet.

B. w. o.

Verhandlung über eine Chaussee-^{Polizei-} Contravention.^{Geld:}

(Wenn der Angeschuldigte ein Ausländer, oder nach Namen, Stand und Wohnort unbekannt ist, und sich der Strafe nicht unterwirft.)

Verhandelt zu den ten 184

Vor dem unterschriebenen Bürgermeister (Ortsvorsteher) erschien heute der
wohnhaft zu mit dem von Gewerbe ein
. angeblich wohnhaft zu Kreis
und erklärte, daß dieser am heutigen Tage auf der Straße

wie er solches nach eigener Wahrnehmung auf seinen geleisteten Dienstseid als wahr
versichere

(und 1. N. N. wohnhaft zu

2. N. N. wohnhaft zu

als Zeugen bewahrheiten könnten).

Der Angeschuldigte, welcher auf die Aufforderung des denunciirenden Beamten sich
bereit erklärte, vor dem unterschriebenen Bürgermeister (Ortsvorsteher) zu erscheinen,
unterwarf sich der für diese Uebertretung nach §. der Verordnung vom 17. März
1839 (nach Nro. der dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840 beigefügten
polizeilichen Vorschriften) verwirkten Strafe nicht, worauf derselbe, da er Ausländer
ist (sich als dem Namen, Stand und Wohnort im Inlande nach bekannt, nicht aus-
weisen konnte) aufgefordert wurde, ein den Betrag der Strafe und Kosten deckendes
Unterpand zu deponiren.

Dieser Aufforderung kam der Angeschuldigte nach, indem er den Betrag von
Thlr. (folgende Gegenstände) als Pfand deponirte, worüber ihm ein Pfand-
schein erteilt worden ist.

Zu seinem Bevollmächtigten, welcher ihn bei der weitem Verhandlung zu ver-
treten hat und welchem auch die Entscheidung zu publiciren, und die deponirte Geld-
summe oder deren etwaiger Ueberschuß (das Pfand oder der Ueberschuß aus dem
Pfand-Erlöse) zurückzugeben ist, wurde vom Angeschuldigten bezeichnet, (wurde dem An-
geschuldigten, da er selbst einen solchen nicht bezeichnen konnte oder wollte, von Amts-
wegen bestellt) der wohnhaft zu

Nach geschehener Vorlesung und Genehmigung wurde vorstehende Verhandlung
von dem Denuncianten, (den Zeugen) dem Angeschuldigten und dem protocollirenden
Beamten unterzeichnet, worauf dem Angeschuldigten die Fortsetzung der Reise ge-
stattet worden.

B. w. o.

A. 4.

**Verhandlung über eine Chaussee-Polizei-Geld-
Uebertretung.**

(Wenn der Angeschuldigte sich der Strafe nicht unterwirft, Ausländer
oder unbekannt ist und den Betrag der Strafe
nicht sicher stellt).

Verhandelt zu den ten 184
Vor dem unterzeichneten Bürgermeister (Ortsvorsteher) erschien heute der
. wohnhaft zu mit dem
von Gewerbe ein angeblich wohnhaft zu
Kreis und erklärte, daß dieser am heutigen Tage auf der
. Strafe

wie er solches nach eigener Wahrnehmung auf seinen geleisteten Dienstseid als wahr
versichere

- (und 1. N. N. wohnhaft zu
2. N. N. wohnhaft zu

als Zeugen bewahrheiten könnten).

Der Angeschuldigte, welcher auf die Aufforderung des denunciirenden Beamten
sich bereit erklärte, vor dem unterschriebenen Bürgermeister (Ortsvorsteher) zu erschei-
nen, unterwarf sich der für diese Uebertretung nach §. der Verordnung vom
17. März 1839 (nach Nro. der dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840
beigefügten polizeilichen Vorschriften) verwirkten Strafe nicht. Da er aber nicht über
Namen, Stand und Wohnsitz im Inlande sich vollständig ausweisen konnte, auch eben
so wenig den Betrag der Strafe und mutmaßlichen Kosten durch Hinterlegung eines
Pfandes sicher stellte, so wurde derselbe bis zum Austrage der Sache verhaftet.

Nach geschehener Vorlesung und Genehmigung wurde vorstehende Verhandlung
von dem Denuncianten, (den Zeugen) dem Angeschuldigten und dem protocollirenden
Beamten unterzeichnet.

B. w. o.

B.

**Quittung
über Straf gelder.**

Der zu, welcher sich einer Uebertre-
tung der Strafbestimmung (des §. der Verordnung vom 17. März 1839 — der
unter Nro. dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840 beigefügten Straf-
bestimmung) schuldig gemacht, hat sich der ihm bekannt gemachten Strafe von
Thlr. Sgr. Pf. unterworfen, und dieselbe erlegt, worüber ihm gegenwärtige
Quittung ertheilt wird.

. den ten 184

Der Bürgermeister.

(Der Ortsvorsteher)

C.

**Erlaubnißschein
zur Fortsetzung der Reise.**

Der Fuhrmann aus, gegen
welchen wegen Uebertretung des §. der Verordnung vom 17. März 1839 heute
von dem Unterzeichneten eine Verhandlung aufgenommen worden, wird in Gemäßheit
des §. 15 gedachter Verordnung gestattet, seinen Weg bis
fortzusetzen, um an diesem Orte diejenige vorschriftswidrige Einrichtung der Trans-
portmittel beseitigen zu lassen, wegen welcher er in Anspruch genommen worden.

. den ten 184

Der Bürgermeister.

(Der Ortsvorsteher.)

D.

P f a n d s c h e i n.

Dem zu welcher sich eine Uebertre-
tung der Strafbestimmung des §. der Verordnung vom 17. März 1839 (der
unter No. dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840 beigelegten Straf-
bestimmung) schuldig gemacht hat, ist zur Sicherung der verwirkten Strafe und des
muthmaßlichen Kosten-Betrages

(Bezeichnung des Pfandes.)

(die Summe von.)

abgespändet worden, worüber gegenwärtige Bescheinigung ertheilt wird.

den ten 184

Der Bürgermeister.

(Der Ortsvorsteher.)

Druck von J. P. Bachem, Hof-Buchhändler u. Buchdrucker, Marzellenstraße No. 20.

W. 7/5 68

19)
Coblenz, Dec 24. April 1868.

№ 464

Der 19te Rheinische Provinzial-Landtag hat mit Rücksicht darauf, daß bei jedem Landtage Anträge und Aufträge vom Gemeindeforsten in die Reihe der Lazirer, aber auch mit dem Grunde gestellt werden, weil die Gemeinden gebauet haben vorstehen sollen, ein Bescheid ist, daß die zum Habermachen der Forsten auf den Lazirerforsten, Fonds eröffnet werden sei, bei mir den Antrag gestellt, zu veranlassen, daß alle Gemeinden eröffnet werden, daß von jetzt ab keine Gemeinden durch den Bau einer Forst, selbst wenn Gemeindefürs bursilligst sein, in der ein Aufbruch und Aufbruch der Forsten in die Reihe der Lazirerforsten veranlassen.

Die königliche Regierung setze in Uebereinstimmung mit dem
Gesetze eine gesetzmäßige, gerechte und billige Verwaltung an.
Geben Sie in Uebereinstimmung.

Der Obw. Vorsitzend der Kungsvorung.

24.
J. H. Villers.

Die Königl. Regierung in Coln. No. 2839.

Coln Lun 29. April 1868.

Abschrift des vorstehenden Ober. Kreisrath. Ex.
 lassen lassen wir Ihnen zur Kenntnissnahme und zur
 dann Vertheilung zugehen.

Königliche Regierung, Abteilung des Innern.

Leipzig. Willst du unser Haus zu ~~besuchen~~^{besuchen} mit Familie
besuchen und Lustwandlung bei Königlich
unsern nächsten Hauptabenden.

Legung von 4 Mai 1868

An
den Königlichem Landrath
Graz

B I 3750.

N^o 1918.

Joseph B. Lathrop



